



# BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

12. JAHRGANG • NR. 77

JULI 2013

## STANDPUNKT

- 2 Ein besseres Land kommt nicht von alleine

## WAHLKREIS

- 3 SPD-Sommerprogramm
- 4 Unterwegs im Wahlkreis

## KÖLN

- 6 Fraktion vor Ort mit Ulla Schmidt zur  
Bürgerversicherung am 17. Juli
- 6 Veranstaltung mit Olaf Scholz am 24. August
- 6 Rolf Hempelmann sprach zur Energiewende
- 7 Sigmar Gabriel mahnt mehr Gerechtigkeit an

## BUNDESTAG

- 8 Medienpolitischer Kongress der SPD-Fraktion
- 10 Berliner Tagebuch
- 12 SPD fordert gesetzliche Absicherung der  
Netzneutralität im Internet
- 14 Steinbrück: Rede im Bundestag zu Europa
- 15 SPD will Ganztagschulprogramm 2.0

## BUCHVORSTELLUNG

- 16 Frank Stauss: „Höllennritt Wahlkampf“

## SPD

- 18 Jubiläumsfeier: 150 Jahre SPD

## INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2013,  
Büros, Impressum



Beim **Medienkongress der SPD-Fraktion** sprachen Martin Dörmann, Olaf Scholz, Thomas Oppermann und Gesche Joost über den „Wert des Journalismus“ (Bericht ab Seite 8)

## Berliner Tagebuch

Schilderung einer Sitzungswoche ab Seite 10

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 11.07.2013

### Wahlkampf-Spendenkonto

SPD Köln  
Konto-Nr. 42 42 053  
Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98)  
Bitte ggf. als Zweck nennen:  
Wahlkampfspende WK 93 Dörmann

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

## Ein besseres Land kommt nicht von alleine

### Zur Bundestagswahl am 22. September

Liebe Leserinnen und Leser,

vier Jahre schwarz-gelbe Bundesregierung waren verlorene Jahre für Deutschland. Innenpolitisch hat uns keine Entscheidung dieser Koalition wirklich nach vorne gebracht. Im Gegenteil. Klientelpolitik wie bei der Hoteliersteuer oder familienpolitisch unsinnige Maßnahmen wie das Betreuungsgeld haben uns ebenso zurückgeworfen wie eine katastrophal gemanagte Energiewende. Und groß angekündigte Wahlversprechen wie eine nachhaltige Steuersenkung wurden nicht eingehalten.

Auch für die Zukunft fehlt es Schwarz-Gelb an Visionen und Glaubwürdigkeit. Das Wahlprogramm der Union ist ein Sammelsurium leerer Versprechungen. Alles steht unter Finanzierungsvorbehalt. Es kommt also nicht. Denn trotz Rekordsteuereinnahmen hat diese Regierung 100 Milliarden neue Schulden aufgenommen. Wen will man also noch hinters Licht führen?

Bei der Bundestagswahl am 22. September geht es darum, ob die Merkel-Regierung sich weiter durchwursteln und Probleme aussitzen kann. Die Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand, dies zu verhindern und einen Politikwechsel zu unterstützen. Ein besseres Land kommt nicht von alleine! Deshalb kämpft die SPD für ein rot-grünes Reformbündnis.

Die SPD will dafür sorgen, dass die Lasten in unserem Land wieder gerecht verteilt werden, damit die Gesellschaft wieder ins Gleichgewicht kommen kann. Wir brauchen mehr Investitionen in eine öffentliche Infrastruktur, die allen Bevölkerungsgruppen Teilhabe ermöglicht. Das soll aber nicht auf Pump finanziert werden, sondern aus realen Einnahmen. Wir haben hierfür ein ehrliches Finanzierungskonzept vorgelegt. Neben der Rücknahme unsinniger Steuergeschenke von Schwarz-Gelb sowie unökologischer Subventionen brauchen wir mehr Einnahmen des Staates. Dazu beitragen wird ein allgemeiner und flächendeckender Mindestlohn ebenso wie ein gerechtes Steuersystem, das ganz hohe Einkommen ein Stück weit mehr belastet. Für

95 Prozent der Steuerzahler wird sich hierdurch nichts ändern.

Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und Kommunen, damit unser Land seine Zukunftschancen wahren und sozialen Zusammenhalt organisieren kann. Mehr Menschen mit einer guten Ausbildung bedeuten ein besseres Leben für alle, auch in der Zukunft. Darum fordern wir mehr Geld für Bildung: zusätzliche Kitas, bessere Schulen und mehr Lehrerinnen und Lehrer.

Wir brauchen zusätzliche Ganztagsbetreuung, damit alle Kinder gleiche Startchancen haben und mehr Frauen in die Lage versetzt werden, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Das stärkt auch die deutsche Wirtschaft, die zunehmend Probleme

haben wird, ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen.

Der Solidargedanke in den sozialen Versicherungssystemen muss wieder gestärkt werden: durch eine Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege und die Einführung einer Solidarrente von 850 Euro als Mindestabsicherung für langjährig Versicherte.


In der Finanzwelt ist einiges aus dem Lot geraten. Es muss Schluss sein, dass immer nur die Steuerzahler haften. Deshalb brauchen wir strengere gesetzliche Regeln und Kontrollen, eine Steuer auf Finanzgeschäfte und die Finanzierung von Bankenrettungsfonds durch die Banken selbst.

Auch bei diesen Themen verschleppt die Bundesregierung wichtige Entscheidungen. Und sie lässt die zahlreichen arbeitslosen Jugendlichen in Europa im Stich, weil sie zu wenig für Wachstum und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unternimmt.

Es ist Zeit, dass sich etwas bewegt!

Herzlichst

Ihr



## SPD-Sommerprogramm für Bürgerinnen und Bürger

### Schirmherr Martin Dörmann ist bei allen Veranstaltungen dabei

**Martin Dörmann** wird als Schirmherr des SPD-Sommerprogramms in seinem Bundestagswahlkreis an den genannten Führungen und Veranstaltungen persönlich teilnehmen.

**Anmeldungen** bitte (soweit erforderlich und angegeben) an das SPD-Bürgerbüro Porz, Tel. 02203/52144, eMail: martin.doermann@wk.bundestag.de. Der Treffpunkt wird dann mitgeteilt.



<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Di., 23.Juli; 11:00 – 13:00 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>Fahrrad-Tour von der Altstadt bis Poll</b> mit André Stinka, Generalsekretär der NRW SPD und Erzählungen an einzelnen Stationen von Willi Stadoll, Bezirksbürgermeister Porz; Treffpunkt: Rathaus Köln, Rathausplatz, 50667 Köln</p> <p><i>Keine Anmeldung erforderlich</i></p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Do., 25.Juli; 16:00 – 17:00 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>Besichtigung Fernwärmehunnel unter dem Rhein;</b> Treffpunkt: rechte Rheinseite hinter Hohenzollernbrücke</p> <p><i>Anmeldung erforderlich</i></p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Di., 6. Aug; 21:45 – 01:00 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>UPS-Nachtbesichtigung am Köln/Bonn Airport</b></p> <p><i>Anmeldung erforderlich</i></p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Mi., 7. Aug; 15:00 – 17:00 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>Besichtigung des WDR</b></p> <p><i>Anmeldung erforderlich</i></p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Fr., 30.Aug; 10:30 – 14:15 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>Führung im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt</b></p> <p><i>Anmeldung erforderlich</i></p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>So., 1. Sept; 10:00 – 13:00 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>Wanderung durch die Wahner Heide</b> mit Heidekenner Jürgen Schumann; anschließend Umtrunk; Treffpunkt: Innenhof Gut Leidenhausen, 51147 Köln</p> <p><i>Keine Anmeldung erforderlich</i></p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Sa., 7.Sept; ab 14:00 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>Kinderfest</b> des SPD-Ortsvereins Rath-Heumar, Platz vor dem Bürger und Vereinszentrum, Rösrather Str. 603, 51107 Köln</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>So., 8.Sept; ab 11:00 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>„Ädäppelsdag“ an der Porzer Groov</b> des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll, mit einem traditionellen Speiseangebot und einem Markt mit regionalen Produkten, Am Markt 4, 51143 Köln</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Sa., 14.Sept; ab 14:00 Uhr:</b></li> </ul>	<p><b>Lichterfest Poll;</b> des SPD-Ortsvereins Poll mit Leckereien und Spielen, Salmstraße/Ecke Siegburger Straße, 51105 Köln</p>

### Mit NRW-Wirtschaftsminister Duin in Kalk

Der SPD-Stadtbezirk Kalk lud im Mai in das Bürgerhaus Kalk zum traditionellen Frühjahrsempfang ein. Gast war NRW-Wirtschaftsminister **Garrelt Duin**. In seine Rede machte er die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt zu einem zentralen Thema. Gerade junge Menschen hätten es als Berufseinsteiger immer schwerer. Es ginge darum, „zweite Chancen zu geben“, den Einstieg in die Berufswelt zu erleichtern und mehr Alternativen aufzuzeigen. Auch Umschulungsangebote für bereits Berufstätige könnten eine gute Möglichkeit sein, die eigene Zukunftsperspektive zu verbessern.



Man müsse gerade Jugendlichen aufzeigen, dass es sich lohne, auch Berufsbilder abseits der kaufmännischen und handwerklichen Ausbildung in Erwägung zu ziehen. „Nach einer aktuellen Umfrage will nach dem Ansehen einer bekannten Fernsehserie plötzlich ein hoher Prozentsatz der jugendlichen Zuschauer Immobilienmakler werden“. Dieses Beispiel zeige, so Duin, dass gerade die Medien ein gutes Mittel dafür seien, die Situation auf dem Arbeitsmarkt positiv zu beeinflussen.



Bezirksbürgermeister **Markus Thiele** moderierte den anschließenden Talk mit Garrelt Duin und **Martin Dörmann**. Angesprochen wurden dabei insbesondere die Finanzsituation der Kommunen, die Arbeitsmarktlage in der Region sowie aktuelle Kölner Wirtschaftsthemen.



### „Brauchtumpflege“ im Senkelsgraben

Zu einem gemeinsamen Grillfest luden **Martin Dörmann**, FAS-Präsident **Stephan Demmer** sowie der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** im Juni erneut zur schon traditionellen Jeckenparty auf den Bau-spielplatz Senkelsgraben in Wahnheide ein. Gut 50 Gäste, darunter die Ratsmitglieder **Monika Möller**, **Frank Schneider** und **Lutz Tempel** sowie Flughafen-chef **Michael Garvens**, verbrachten einen schönen Abend. Das eigentlich geplante Fußballspiel auf dem Bolzplatz wurde wegen des bunten Treibens immer wieder verschoben, bis es schließlich wegen Dunkelheit komplett ausfiel. So musste Martin Dörmann erst gar nicht als Schiedsrichter antreten, um das Spiel mit einer grünen Trillerflöte zu verpfeifen. Dafür konnte er mit einer Überraschung aufwarten, als pünktlich zum Start der Party ein Lithomobil der Bundes-SPD eintraf.

### Besuch der Luftwaffenkaserne Wahn

Rund 60 Teilnehmer waren pünktlich am Kasernen-eingang erschienen, um gemeinsam mit Martin Dörmann und dem Landtagsabgeordneten **Jochen Ott** unter fachkundiger Leitung des Kasernenkommandanten Oberstleutnant **Herfried Martens** die Luftwaffenkaserne in Wahnheide zu besuchen. Es war Martens letzte Führung für eine Besuchergruppe, denn mit seinem bevorstehenden Wechsel in eine neue Stabsfunktion nach Stuttgart rückt er nach vierjähriger Dienstzeit als Standortkommandant wieder näher an seinen Heimatort München zu seiner Familie. Dem Kölner Karneval und den Porzer Vereinen will er jedoch auch in Zukunft die Treue halten, versprach Martens der Besuchsdelegation. Als Nachfolger hat Oberstleutnant **Peter Gerdes** inzwischen das Kommando in Wahnheide übernommen.





### Beim CSD mit Andrea Nahles

Auch in diesem Jahr war die SPD wieder stark beim Kölner CSD vertreten, um ein Zeichen für Toleranz und Gleichberechtigung zu setzen. Mit einem eigenen Wagen und einer dynamischen Fußgruppe wurde bei der CSD-Parade mitgemacht, darunter Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes**, SPD-Generalsekretärin **Andrea Nahles**, **Martin Dörmann** sowie **André Stinka**, Generalsekretär der NRW SPD (Foto). Nahles war auch eine der Rednerinnen bei der Kundgebung auf dem Heumarkt. Sie kritisierte, dass die Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht getrieben werden muss.

### Inklusiver Bieselwaldcup in Wahnheide

Zum 8. Mal veranstaltete die Integrative Caritas-Kita am Bieselwald Ende Juni ein Fußballturnier, das sich dem Gedanken der „Inklusion“ widmet, indem es Behinderte einbezieht. Schirmherren des Turniers waren Martin Dörmann, MdL **Jochen Ott** sowie die Ex-FC-Profis **Bernd Cullmann** und **Wolfgang Weber**. Insgesamt spielten diesmal 14 Mannschaften mit Kickern zwischen 3 und 70 Jahren, um Pokale, Medaillen- vor allem aber für ein gutes Miteinander. Martin Dörmann lobte besonders das Engagement von Kita-Leiter **Guntram Müller**: „Es ist vorbildlich, was sie hier seit Jahren mit vielen Bürgerinnen und Bürgern auf die Beine stellen. Es ist wichtig, dass Behinderte und Nichtbehinderte zusammen leben und spielen.“



Begleitet von KVB-Chef **Jürgen Fenske** besichtigten **Martin Dörmann**, NRW-Verkehrsminister **Mike Groschek**, SPD-Fraktionsvize **Florian Pronold** sowie OB **Jürgen Roters** am 7. Juli die Baustelle der UB-Bahn-Station Heumarkt. Sie ist Bestandteil der Nord-Süd-Stadtbahn und soll am 11. Dezember eröffnet werden. Groschek sagte auch für die Zukunft Unterstützung des Landes NRW bei Kölner Verkehrsprojekten zu, Pronold forderte mehr Geld vom Bund für Infrastrukturprojekte.

## „Bürgerversicherung“

Vortrag und Diskussion mit:

**Ulla Schmidt, MdB**

**Mittwoch, 17. Juli 2013, 18:00 Uhr**

Kath. Kirchengemeinde St. Bruno, Brunosaal,  
Klettenberggürtel 65, 50939 Köln (Klettenberg)



## „Wohnen und Zusammenhalt in der sozialen Stadt“

Vortrag und Diskussion mit:

**Olaf Scholz**

Stellv. SPD-Parteivorsitzender

**Samstag, 24. August 2013, 15:00 Uhr**

Internationaler Bund; Rolshover Straße 87-91  
51105 Köln (Kalk)



## Rolf Hempelmann kritisiert Regierungsversagen bei Energiewende



Bei einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung in Deutz diskutierten der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Rolf Hempelmann**, **Martin Dörmann** sowie **Dieter Steinkamp** zur Energiepolitik. Zuvor hatte Hempelmann in einer beeindruckenden Rede die Bundesregierung scharf kritisiert, weil die Energiewende dilettantisch gemanagt sei und zu großer Planungsunsicherheit bei Unternehmen sowie einem riesigen Investitionsstau geführt habe.



Besichtigung der Baustelle des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks Niehl 3 mit **Dieter Steinkamp**, dem Vorstandsvorsitzenden der RheinEnergie AG, **Elfi Scho-Antwerpes**, **Rolf Hempelmann** und **Martin Dörmann**. Die Anlage kann - neben der Stromerzeugung - Fernwärme in Kraft-Wärme-Kopplung mit einer Leistung von 265 Megawatt thermisch bereit stellen und damit die Fernwärmeversorgung in Köln langfristig sichern.

## Sigmar Gabriel mahnt mehr Gerechtigkeit an

### SPD-Vorsitzender erinnerte sich im Stollwerk an alte Kölner Zeiten

„Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit“ – unter diesem Titel stand am 17. Juni die „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

**Martin Dörmann, Karl Lauterbach und Rolf Mützenich** im Bürgerhaus Stollwerk. In seiner Einleitungsrede betonte Martin Dörmann, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit sei nach wie vor Kernanliegen der deutschen Sozialdemokratie. Dabei gehe es auch immer um die Teilhabe von Menschen, sei es an sozialer Sicherung, Bildungschancen oder wirtschaftlichem Erfolg. Anschließend brach Bürgermeisterin **Elfi-Scho-Antwerpes** als Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Köln das Thema auf kommunale Gesichtspunkte herunter.

Hauptredner des Abends war **Sigmar Gabriel**, der

zuvor mit Studenten an der Uni diskutiert hatte. Der SPD-Parteivorsitzende erinnerte sich, dass er selbst als Jugendlicher in Köln für den Erhalt des Stollwerks

demonstriert habe: „ich habe hier drin sogar mal übernachtet“. Dann ging er auf das 150-jährige SPD-Parteijubiläum ein und betonte, die Ziele der SPD seien im Kern gleich geblieben: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nie habe man sich in seiner Geschichte umbenennen müssen.

Schließlich stellte er anhand konkreter Forderungen wie gesetzlicher Mindestlohn, bezahlbares Wohnen oder Kinderbetreuung die Unterschiede zur schwarzgelben Bundesregierung dar, die in Klientel- und Symbolpolitik verharre: „Wir brauchen wieder mehr Gerechtigkeit in Deutschland. Darum geht es am 22. September.“



**Sigmar Gabriel wurde von Karl Lauterbach, Elfi Scho-Antwerpes und Martin Dörmann vor dem Stollwerk in Empfang genommen**

## Medienpolitischer Kongress der SPD-Bundestagsfraktion

### Diskussion zum „Wert des Journalismus“

Am 7. Juni fanden sich gut 150 Gäste aus Politik, Verbänden, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Netzcommunity im Reichstag zusammen, um beim Medienpolitischen Kongress der SPD-Bundestagsfraktion über den „Wert des Journalismus“ zu diskutieren. Die Veranstaltung war für diese Legislaturperiode Abschluss und Höhepunkt der Reihe „Medienpolitischer Dialog“, die von Martin Dörmann initiiert und organisiert wurde.



Im ersten Teil der Veranstaltung skizzierten drei prominente SPD-Politiker ihre medienpolitischen Schwerpunkte. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer, **Thomas Oppermann**, eröffnete im Namen der SPD-Fraktion den Kongress. Er sprach von gravierenden Herausforderungen des traditionellen Qualitätsjournalismus, vor die die neuen Medien uns stellten. Durch die neuen Typen von Öffentlichkeit, in denen jeder selbst Urheber werden kann, werde nur ein Teil der gesamten Öffentlichkeit repräsentiert. Dies könne zu Fragmentierung, aber auch, wie am Beispiel des Arabischen Frühlings sichtbar, zu einer Demokratisierung der Kommunikation führen. Die wirtschaftlich prekäre Lage des traditionellen Printgeschäfts brächten laut Oppermann nicht nur Herausforderungen für den Qualitätsjournalismus mit sich, sondern auch für die Politik. Es solle die „Freiheit, Unabhängigkeit und Vielfalt“ der Medienlandschaft gesichert werden. Hierzu müssten Bund und Länder Hand in Hand zusammenarbeiten.

**Olaf Scholz** hielt als Regierungschef in Hamburg und medienpolitisch profilierter Landespolitiker die Hauptrede des Tages. Der Erste Bürgermeister der Hansestadt sprach von den „grandiosen Chancen“, die sich durch die Digitalisierung für die gesellschaftliche Kommunikation böten. Man könne heute einfache, unabhängige Antworten auf dringende Fragen in Sekundenschnelle finden. Deshalb dürfe man das Internet nicht einfach als „riesiges Problem des Datenschutzes“ darstellen. Sattdessen solle man die Potenziale der Digitalisierung erkennen und die Medienpolitik dementsprechend anpassen. Vor allem müsse man ein Gleichgewicht finden, das die ökonomische Rentabilität für Journalisten und Medienschaffende sicherstellt und gleichzeitig die gesellschaftliche Relevanz der neuen Medien erkennt und fördert. Laut Scholz müs-

se sich die Politik um die Zukunft des Journalismus kümmern und gleichzeitig eine staatsferne Medienlandschaft sichern. Unter anderem sollten Urheberrechte gestärkt werden, die Steuerpolitik zwischen digitalen und analogen Medien angeglichen und die Ausbildung für Journalistinnen und Journalisten gefördert werden.

Professor Dr. **Gesche Joost**, die im Kompetenzteam von **Peer Steinbrück** den Bereich „Vernetzte Gesellschaften“ vertritt, reflektierte anschließend mit einer pointierten Präsentation den Bereich des Online-Journalismus. Als „Chimäre“ bezeichnete die Professorin für Design die neuen Medienformate, bei denen on- und offline nicht mehr klar getrennt sind und welche deshalb wie Fabelwesen mit mehreren Köpfen anmuten. Diese Kreuzungen sollten wir erproben und deren Vorteile ausloten. Der Paradigmenwechsel des Journalismus, bei dem viele Bereiche verschmelzen, biete laut Gesche Joost viele Chancen. Trotzdem dürfe man die potentiellen Nachteile nicht verkennen und hierbei müsse besonders die Politik aktiv mitwirken. Man müsse die „digitale Renaissance des Qualitätsjournalismus politisch begleiten“, in dem man zum Beispiel angemessene Löhne bereitstelle oder Paid-Content Modelle im Onlinejournalismus einführe. Außerdem seien Crowdfunding- oder Stiftungsmodelle Alternativen, um Qualitätsjournalismus auch online zu sichern.



Der zweite Teil des Nachmittags wurde von einem Podium bestritten, das von der profilierten Chefredakteurin der „taz“, **Ines Pohl**, lebendig und wortstark moderiert wurde. Teilnehmer waren **Martin Dörmann**, Stern-Chefredakteur **Hans-Ulrich Jörges**, Spiegel-Online-Chefredakteur **Rüdiger Ditz**, Professor Dr. **Wolfgang Schulz** vom Hamburger Hans-Bredow-Institut und Professor Dr. **Gesche Joost**.

In der Runde wurde über die Zukunft des Journalismus diskutiert. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, das sich verbesserte Lohnstandards nur über neue Geschäftsmodelle im Bereich der Online-Medien und über die verbesserte Vergütung von Urheberrechten durchsetzen ließen. Zentrale Voraussetzung für Qualitätsjournalismus seien nach wie vor kompetente Journalisten und zukünftig faire und einfache Bezahlmodelle. Starke Mar-



ken wie Spiegel Online seien ein guter Anfang, jedoch müsse man die „Wellen“, die von der Netzcommunity ausgingen, auch zu nutzen wissen. Es bestand Konsens darüber, dass die Veränderungen im Journalismus rasant sind. So müsse die Politik Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Qualität weiter durchsetze. Denn trotz Zeitungssterben und medialem Wandel müsse der ökonomische und ideelle „Wert des Journalismus“ dauerhaft gewahrt werden.



**Martin Dörmann** hob als medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hervor, dass die Demokratie hochwertigen Journalismus brauche. Gerade angesichts der Komplexität politischer Abläufe komme es darauf an, Zusammenhänge transparent und verständlich zu machen. In erster Linie sei es Aufgabe der Medienbranche, funktionierende Geschäftsmodelle im digitalen Zeitalter zu etablieren. Angesichts der besonderen Umbruchsituation sei es aber vernünftig, wenn die Politik Rahmenbedingungen verbessert, etwa im steuerlichen Bereich oder durch Stiftungsmodelle zur Förderung der journalistischen Ausbildung. In der neuen Medienwelt habe auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine große Bedeutung als Konstante für Qualitätsjournalismus.



Gewohnt pointiert waren **Hans-Ulrich Jörges** Aussagen zur Zukunft des Journalismus. Es müsse besonders über den Inhalt der neuen meinungsbildenden Online-Medien diskutiert werden, da Plattformen wie Spiegel Online „Leitwölfe“ in den täglichen Medien seien, die enorme Meinungsbildungskraft besäßen. Bei den Jagdanalogien blieb Jörges, indem er vor „Rudeljournalismus“ warnte, bei dem alle in die gleiche Richtung gehen und so eine pluralistische Presse gefährden. Viele Journalisten seien Gefangene des Systems, in dem Reichweite oft über Qualität und gute Recherche gestellt werde. In der rasanten Entwicklung, die Online-Medien in den letzten Jahren

unterlaufen haben, hätten viele lokale Zeitungen den Einstieg in die vernetzte Welt verpasst. Er prophezeite das baldige Aussterben der auf Holz gedruckten Medien, die ins Mittelalter gehörten und nicht mehr in unsere digitale Welt passten. Jetzt käme es vor allem für kleine existenzgefährdete Redaktionen darauf an, online und interaktiv zu denken. Hierbei könne zum Beispiel eine Stiftung für Lokaljournalismus helfen.

Professor Dr. **Wolfgang Schulz** sprach vom „Agenda-Setting“, das soziale Medien betrieben. „Themenlieferanten für Journalisten sind heute vielfältiger“, so Schulz, da praktisch jeder seine Meinung im Internet kundtun könne. Um die Qualität der Presseerzeugnisse zu sichern, sollte es eine Finanzierung zum Beispiel durch Stiftungen geben. Man müsse Bezahlmodelle für Online-Journalismus nur bequemer machen, damit Menschen sie nutzen. Ähnlich sah es **Gesche Joost**, die ein verlagsübergreifendes Abo-Modell vorschlägt, das das bezahlte Nutzen von mehreren Medien bequemer mache. Zudem solle man das Urheberrecht für Medienerzeugnisse stärken und zum Beispiel illegale Downloadplattformen eindämmen.



Spiegel Online-Chefredakteur **Rüdiger Ditz** hob die „Informationswellen“, die von sozialen Netzwerken wie Twitter oder Facebook ausgingen, als wertvoll für die Redaktionsarbeit hervor. Man müsse zwar viel filtern, jedoch sei die Schnelligkeit der Informationsverbreitung über soziale Netzwerke unschlagbar und somit wichtig für eine ständig aktuelles Medium wie Spiegel Online. Ein Journalist ist nach Rüdiger Ditz immer noch jemand, der eine gute Geschichte erzählt. Ob dies online oder offline passiere, sei nicht entscheidend. Wichtig seien nur gewissenhafte Arbeit und Glaubwürdigkeit. Dies lasse sich nicht in Blogs oder auf Twitter finden, sondern nur im etablierten Markenjournalismus. Auch Ditz sprach über die verpassten Chancen des Lokaljournalismus, der dringender Fortschritte bedürfe, um mit überregionalen Medien wie Spiegel Online konkurrieren zu können. Er deutete an, dass sich der Spiegel durchaus Gedanken mache, im lokalen Bereich einzusteigen, wenn auch nicht durch größere Redaktionen. Martin Dörmann bedankte sich zum Schluss für eine äußerst spannende Debatte, die man an anderer Stelle weiterführen werde.



# Berliner Tagebuch

Von Martin Dörmann, MdB

## Die Sitzungswoche vom 24. bis 28. Juni 2013

Um einen Einblick in die Arbeit eines Abgeordneten in Berlin zu geben, schildere ich nachfolgend den Ablauf der Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause.



### ■ Montag, 24. Juni

**8:30 Uhr:** Flug von Köln nach Berlin. Heute tagt der Beirat der Bundesnetzagentur, der Regulierungsbehörde für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Dort bin ich als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied.

**10:15 Uhr:** Vorbesprechung der Beiratsmitglieder der SPD

**11:00 Uhr:** Beirat der Bundesnetzagentur. Fast die ganze Sitzung werden Telekommunikationsthemen behandelt, für die ich innerhalb der SPD federführend bin. Es geht um Breitbandausbau und um das neue Tarifmodell der Telekom, das öffentlich heiß diskutiert wird. Hierzu hatte ich den Präsidenten der „BNetzA“ mit zahlreichen Fragen angeschrieben, die ausführlich beantwortet wurden.

**13:00 Uhr:** Unterausschuss „Neue Medien“. Zunächst gibt die Bundesregierung einen Bericht zu „Prism“ ab, mit dem der US-Amerikanische Nachrichtendienst NSA in vielen Ländern Daten ausspioniert hat. Es bleibt unklar, was die Regierung wirklich gewusst hat. Anschließend führen wir mit Experten ein öffentliches Fachgespräch zum Thema Netzneutralität. Dabei wird deutlich, dass der vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegte Verordnungsentwurf mehr Fragen aufwirft als Antworten zu geben.

**15:00 Uhr:** Bürobesprechung mit meinen Mitarbeitern **Stefan Stader** und **Matthias Dahlke**. Wir gehen die Sitzungswoche durch und klären einige Terminanfragen.

**16:30 Uhr:** Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion.

Ich melde mich gleich nach den einleitenden Worten von **Frank-Walter Steinmeier** zu Verbesserungsmöglichkeiten beim Bundestagswahlkampf.

**18:00 Uhr:** Sondersitzung der SPD-Fraktion. Unsere drei Matadore **Peer Steinbrück**, **Sigmar Gabriel** und **Frank-Walter Steinmeier** schwören in guten Reden die Fraktion auf den Wahlkampf ein.

**19:00 Uhr:** Sommerfest des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM). Zwischen zwei Terminen reicht es immerhin für einige kurze Gespräche. **Olaf Scholz** ist auch dabei.

**20:00 Uhr:** NRW-Landesgruppe der SPD-Fraktion mit **Norbert Römer**, dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion.

### ■ Dienstag, 25. Juni

**9:00 Uhr:** Sondersitzung des Bundestages mit einer Regierungserklärung zur Hochwasserkatastrophe. Bund und Länder haben sich bezüglich der Finanzierung der Hochwasserhilfe geeinigt.

**11:15 Uhr:** SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie. Wir bereiten die nächste Ausschusssitzung vor.

**13:15 Uhr:** SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien. Zu Gast ist heute **Oliver Scheytt**, der im Kompetenzteam von **Peer Steinbrück** für den Bereich Kultur zuständig ist.

**14:30 Uhr:** SPD-Fraktionssitzung. Das komplette Kompetenzteam **Peer Steinbrücks** nimmt teil, die zuletzt benannten stellen sich kurz vor. Anschließend gehen wir die Plenarthemen dieser Woche durch. Zwischendurch können die Fraktionsmitglieder ein Foto mit dem Kanzlerkandidaten machen. **Peer** ist gut drauf...



**18:00 Uhr:** Hoffest der SPD-Fraktion. Am Haus der Kulturen, landläufig „Schwangere Auster“ genannt, feiern wir unser traditionelles Fest vor der Sommerpause. Abgeordnete, Mitarbeiter/innen, viele Sozialdemokraten aus den Ländern und andere Gäste tauschen sich aus. **Peer Steinbrück** hält eine mitreißende Rede, in der er überzeugend seinen Siegeswillen zeigt und alle anwesenden Sozialdemokraten für den Wahlkampf motiviert.

### ■ Mittwoch, 26. Juni

**8:45 Uhr:** Obleuterunde Wirtschaftsausschuss. An der vorbereitenden Sitzung für den Ausschuss nehmen die Sprecher bzw. Obleute der Fraktionen teil, daneben **Ernst Hinsken** (CSU) als Vorsitzender und ich als sein Stellvertreter.



**9:15 Uhr:** Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. Zu Beginn haben wir Experten eingeladen, um mehr über die Auswirkungen der Flutkatastrophe zu erfahren. Danach sprechen wir mit dem DGB-Vorsitzenden **Michael Sommer**. Er wirbt nachdrücklich für einen gesetzlichen Mindestlohn und zeigt sich hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung skeptisch. Wir haben heute eine Rekordzahl von Tagesordnungspunkten, deshalb werden die meisten Anträge ohne Debatte abgestimmt.

**13:30 Uhr:** Bürobesprechung. Mit meinen Mitarbeitern gehe ich aktuelle Anfragen und Vorgänge durch.

**14:30 Uhr:** Telefonkonferenz mit meinem Wahlkreisbüro in Köln. Wir stimmen Termine und Veranstaltungen ab. Anschließend arbeite ich einige Diktate ab.

**17:30 Uhr:** Gespräch mit Forsa-Chef Prof. Güllner. Ich kenne ihn aus früheren Kölner Tagen, als er noch Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Köln war.

**19:00 Uhr:** Unitymedia Sommerfest. Die halbe TK-Branche scheint hier versammelt. Man geht hin, um sich auszutauschen. Und tatsächlich: ich erhalte eine sehr hilfreiche Informationen von einem Regierungsvertreter.

**20:00 Uhr:** „Bewegung jetzt“. Treffen einer neuen rot-grünen Initiative zur Bundestagswahl. Ein Manifest mit 10 Punkten wird vorgestellt. Die meisten rot-grünen Spitzenkräfte von Partei und Fraktion sowie viele Unterstützer/innen sind gekommen, um ein Zeichen für den notwendigen Politikwechsel in Deutschland zu setzen.

## ■ Donnerstag, 27. Juni

**7:30 Uhr:** Parlamentarisches Frühstück. Von Vertretern der Deutschen Bahn AG werden wir über den Lärmschutz an Schienenwegen informiert.



**9:00 Uhr:** Regierungserklärung und Plenardebatte zum G8-Gipfel und zum Europäischen Rat. Das letzte Mal vor der Sommerpause kommt es zu einem parlamentarischen

Schlagabtausch zwischen **Angela Merkel** und **Peer Steinbrück**. Die Kanzlerin hält mal wieder einen buchhalterischen Vortrag, der offensichtlich selbst die eigenen Leute eher ermüdet, einige gähnen auffallend oft. Dann kommt Peer. Er hat in den letzten Wochen einiges einstecken müssen. Er kritisiert die weitgehende Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der europaweiten Jugendarbeitslosigkeit sowie die horrenden Schulden, die die jetzige Regierung in den letzten vier Jahren gemacht hat: „Sie können nicht mit Geld umgehen.“ Wir sind alle von der brillianten Rede und seinem souveränen Auftritt beeindruckt. Auch die Medien horchen auf. So einer kann Kanzler!

**11:00 bis 23:00 Uhr:** Büro und Plenum. Der heutige Tag hat es wieder in sich. Gleich zwei Bundestagsreden muss ich diktieren, die wegen der übervollen Tagesordnung leider nur zu Protokoll gehen. Darin geht es um unseren Gesetzentwurf für ein Presseauskunftsgesetz sowie um unseren Antrag zu Breitbandausbau und Netzneutralität. Zwischendurch einige Telefonate, Bürorücksprachen und immer wieder namentliche Abstimmungen, zu denen ich ins Plenum gerufen werde. Dazwischen:



**20:00 Uhr:** Netzwerktreffen mit Frank Stauss, der sein Buch „Höllentritt Wahlkampf“ vorstellt und alle mit geistreichen, witzigen Anmerkungen beeindruckt.

## ■ Freitag, 28. Juni

**7:30 Uhr:** Größerer Wohnungsputz vor der Sommerpause. Ordnung muss sein.



**10:00 bis 15 Uhr:** Büro. Den Vormittag verbringe ich fast ausschließlich mit dem Abarbeiten von Texten und Anfragen. Zwischendurch eine namentliche Abstimmung zum Betreuungsgeldgesetz. Wir wollen die „Herdprämie“ abschaffen und das Geld lieber in den Ausbau von Kitaplätzen stecken.

**16:00 Uhr:** Flug nach Köln. Ein Wochenende mit vielen Wahlkreisterminen steht vor der Türe.

### Plenarrede von Martin Dörmann zu Breitbandausbau und Netzneutralität

Unter Federführung von Martin Dörmann hat die SPD-Bundestagsfraktion im Juni einen umfassenden netzpolitischen Antrag in den Bundestag eingebracht. Er hat den Titel „Netzneutralität und Diskriminierungsfreiheit gesetzlich regeln, Mindestqualitäten bei Breitbandverträgen sichern und schnelles Internet für alle verwirklichen“ (Drucksache 17/13892). Leider hat sich die Koalitionsmehrheit erneut wirksamen Maßnahmen verweigert.

#### Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge der Bundestagsrede von Martin Dörmann vom 13. Juni:

Für die SPD Bundestagsfraktion ist es ein zentrales wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Anliegen, die enormen **Chancen des Internets für alle zu sichern**. Wir wollen gewährleisten, dass alle Menschen, Unternehmen und Regionen Zugang zu einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur und zu allen Inhalten haben. Einzelne Anbieter dürfen nicht diskriminiert werden und müssen gleichberechtigte Möglichkeiten haben, ihre Dienste und Anwendungen zu verbreiten. Es geht uns dabei um Teilhabe, die Sicherung von Meinungsvielfalt, fairen Wettbewerb und die Wahrnehmung wirtschaftlicher Chancen.

Mit dem von uns vorgelegten und heute diskutierten Antrag verfolgen wir im wesentlichen drei Ziele: Erstens wollen wir die Prinzipien von **Netzneutralität und Diskriminierungsfreiheit** gesetzlich festschreiben. Zweitens wollen wir **Mindestqualitäten bei Breitbandverträgen** sichern, auf die sich die Verbraucherinnen und Verbraucher berufen können. Und drittens wollen wir, dass **schnelles Internet für alle** endlich verwirklicht und der **Breitbandausbau** entschieden vorangetrieben wird. (...)

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Gewährleistung von **Netzneutralität** als eines der Regulierungsziele im Telekommunikationsgesetz verbindlich regeln. Der Begriff soll im Sinne einer grundsätzlichen Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit bei der Durchleitung von Datenpaketen unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel definiert werden. In der Sache geht es darum, das Verlangsamen, Benachteiligen oder Blockieren von Inhalten, Diensten oder Anbietern ohne hinreichenden sachlichen Grund zu verhindern. Mobilfunk und Festnetz sind dabei in der Frage der Netzneutralität gleich zu behandeln, sofern nicht zwingende technische Gründe ein unterschiedliches Netzwerkmanagement rechtfertigen.

Ein intelligentes Netzwerkmanagement kann auch im Festnetzbereich im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sein und stellt nicht zwangsläufig einen materiellen Verstoß gegen Netzneutralität dar. Dies gilt allerdings nur, soweit es um das Ziel geht, die Funktionsfähigkeit der Netze zu sichern oder dafür zu sorgen, dass zeit- und qualitätskritische Dienste auch in Überlastungssituationen in der erforderlichen Qualität bei den Endkunden ankommen. Beispielsweise wird heute bereits die IP-basierte Sprachtelefonie priorisiert, damit man ohne Störungen Telefonate über das Netz führen kann. Entscheidend ist jedoch, dass das so genannte „Best-Effort-

Internet“ nicht zurückgedrängt werden darf. Dessen Kapazität muss auch in Zukunft wachsen und soll nicht von solchen Diensten ersetzt werden, die vom jeweiligen Infrastrukturanbieter präferiert werden. Verhindert werden muss auch, dass marktbeherrschende Unternehmen einzelne Anwendungen im Internet aus strategischen Gründen blockieren oder verzögern. Im Prinzip muss auch weiterhin jeder Inhalt frei im Netz verbreitet und abgerufen werden können.

Diese aus unserem Antrag zitierten Grundsätze sind für uns auch Leitlinien bei der Beurteilung des neuen Tarifmodells der Deutschen Telekom AG im Festnetzbereich, das gerade aktuell sehr kontrovers diskutiert wird. Vermutlich hätte die Telekom die Vorschläge in dieser Form gar nicht vorgelegt, wenn es hierzu bereits eine klarere gesetzliche Regelung geben würde. Obwohl sich formal fast jeder auf das Prinzip der Netzneutralität beruft, besteht nämlich große Verunsicherung darüber, was darunter exakt zu verstehen ist – etwa im Hinblick auf die Frage, wo genau die Grenzen zwischen zulässigem Netzwerkmanagement und Tarifgestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen einerseits und deren Begrenzung durch die Gebote der Netzneutralität und Diskriminierungsfreiheit andererseits verlaufen. Hier würde eine gesetzliche Rahmensetzung sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch Unternehmen mehr Rechtsicherheit schaffen.

Klar ist, dass letztlich die Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde darüber wachen muss, ob die gesetzlichen Regelungen im Einzelfall eingehalten werden. Sie muss aber klare Kriterien vorgeben und auch die Möglichkeit haben, wirksam gegen Verstöße vorzugehen. Insoweit besteht eine Regelungslücke im Gesetz und in der Praxis, die es zu schließen gilt. Neben verbesserten Befugnissen, konkret einzuschreiten, wollen wir, dass die Bundesnetzagentur einen jährlichen Bericht an den Deutschen Bundestag zum Stand der Netzneutralität in Deutschland erstellt. Nach unseren Vorstellungen sollen darin nicht nur festgestellte Verstöße gegen Netzneutralität aufgenommen werden, sondern auch Aussagen über die Qualität des Netzes und die Sicherung von „Best Effort“ und Mindestqualitäten. Dies würde die Unternehmen unter Zugzwang setzen, dafür zu sorgen, dass das Best-Effort-Internet erhalten und ausgebaut und nicht durch eine Vielzahl von „Managed Services“ ausgehöhlt wird. (...)

Wenn wir die Teilhabe von allen am Internet und dessen Potenzialen sichern wollen, dann geht es nicht nur um Netzneutralität und ein diskriminierungsfreies Netz. Die Menschen müssen erst einmal den Zugang zu schnellem Internet haben, um die dort verbreiteten Dienste und Informationen überhaupt abrufen zu können. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb seit langem dafür ein, **schnelles Internet für alle** endlich zu verwirklichen und den Breitbandausbau in Deutschland deutlich zu forcieren.

Auch bei der **Breitbandversorgung** bleibt die Bundesregierung weit hinter ihren eigenen Ankündigungen zurück. Alle in der Breitbandstrategie der Bundesregierung ange-

legten Ziele drohen zu scheitern. (...)

Zur Absicherung einer flächendeckenden Grundversorgung fordert die SPD bereits seit längerem, eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung mit einer bestimmten Bandbreite in das Telekommunikationsgesetz aufzunehmen. Für uns stellt heute der Zugang zum schnellen Internet einen Teil der Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft dar, auf den die Menschen einen Anspruch haben. (...)

Von der Grundversorgung und einer entsprechenden Universaldienstverpflichtung zu unterscheiden sind die weitergehenden Ziele der Bundesregierung im Hinblick auf höhere Bandbreiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde, die mit anderen Mitteln umgesetzt werden müssen. Eine solche Bandbreite ermöglicht es, dass mehrere Teilnehmer in einem Haus anspruchsvollere Anwendungen wie insbesondere HD-TV und Video-Downloads nutzen können. Es ist davon auszugehen, dass der Bandbreitenbedarf pro Haushalt gerade durch verstärkte Nutzung solcher audiovisueller Dienste weiter deutlich steigen wird. Deshalb brauchen wir eine dynamische Entwicklung beim Breitbandausbau und zusätzliche Investitionen in Hochleistungsnetze, insbesondere in den Ausbau der Glasfasernetze. (...)

Was Hochleistungsnetze angeht, ist die Situation in Deutschland gespalten. In größeren Städten haben wir einen funktionierenden Infrastrukturwettbewerb von Kabelunternehmen und Festnetzbetreibern wie der Deutschen Telekom. Aufgrund dieser Situation werden die Telekom und andere Unternehmen demnächst V-DSL mit der neuen Vectoring-Technik aufrüsten, so dass dort entsprechende Bandbreiten verwirklicht werden können. Es ist damit zu rechnen, dass dann etwa zwei Drittel der Haushalte eine gute Versorgung mit hohen Bandbreiten haben werden. Ein Viertel bis ein Drittel der Haushalte werden jedoch von dieser Entwicklung abgehängt.

Deshalb müssen wir die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass bestehende Wirtschaftlichkeitslücken in der Fläche schrittweise geschlossen und zusätzliche Investitionsanreize gesetzt werden. Wir schlagen hierfür in unserem Antrag einen Maßnahmenmix vor. Synergieeffekte müssen noch konsequenter genutzt und Rechts- und Planungssicherheit durch eine innovations- und investitionsfreundliche Regulierung geschaffen werden. Auch eine effiziente Frequenznutzung und zusätzliche Möglichkeiten für mobiles Breitband können einen Beitrag leisten, wobei Mobilfunk eine wichtige Ergänzung des Angebots darstellt, den weiteren Festnetzausbau aber keineswegs ersetzt.

Notwendige zusätzliche private Investitionen könnten durch eine intelligente Förderpolitik stimuliert werden, die Mitnahmeeffekte vermeidet und den optimalen Hebeleffekt für Unternehmensinvestitionen setzt. Bestandteil eines solchen Gesamtkonzeptes sollten aus unserer Sicht beispielsweise ein KfW-Sonderprogramm sowie „Breitbandfonds“ sein, in die sowohl institutionelle Anleger als auch Bürgerinnen und Bürger investieren können, um zusätzliche Gelder für den teuren Ausbau von Hochleistungsnetzen zu mobilisieren. (...)

Will man zum Abschluss dieser Legislaturperiode der Bundesregierung ein Zeugnis in Sachen Netzpolitik ausstellen, so kann man leider Folgendes konstatieren: beim Urheberrecht, dem Datenschutz und bei der Netzneutralität hat sie das Thema weitgehend verfehlt, die Ergebnisse beim Verbraucherschutz und beim Breitbandausbau sind mangelhaft. Trotz dieser schlechten Bilanz plädiere ich jedoch für die Versetzung des für Telekommunikation zuständigen Ministers Rösler – allerdings in den Ruhestand. Ein Nachsitzen in der nächsten Wahlperiode in derselben Position würde uns netzpolitisch nur noch weiter zurückwerfen. Denn: es geht nicht um schöne Ankündigungen, es geht um Taten!“



### **Kölner Besuchergruppe in Berlin**

Auf Einladung von Martin Dörmann hatten im Juni und Juli wieder jeweils 50 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Hauptstadt unter politischen Gesichtspunkten kennen zu lernen und mit ihrem Bundestagsabgeordneten zu diskutieren.

### „Frau Merkel, Sie können nicht mit Geld umgehen!“

Mit einem ungewöhnlichen Vergleich hat **Peer Steinbrück** am 27. Juni auf die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum Europäischen Rat geantwortet. Die Rede der Kanzlerin erinnere ihn an den ehemaligen SPD-Fraktionschef **Fritz Erler**.

Erler habe auf eine Regierungserklärung von Ludwig Erhard geantwortet. „Herr Bundeskanzler, Ihre Rede war sehr rezipiativ!“. Unruhe im Plenum. Steinbrück: „Das Wort bedeutet nichts, es heißt gar nichts. Erler sagte damals, es spreche sich nur so gut. Und so ist es mit Ihren Regierungserklärungen!“

Steinbrück führte aus, dass die Reden Merkels sich seit Jahren so ähneln, dass ihre Minister vor Langeweile beinahe einschließen. „Europa braucht keine Stehsätze, Frau Merkel“, so Steinbrück. Das einseitige Sparprogramm der Kanzlerin habe erst zu der hohen Jugendarbeitslosigkeit in der EU geführt. „In zwölf von 27 Ländern in der EU liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei mehr als 50 Prozent“, stellte Steinbrück klar. Das liege an dem „Teufelskreis aus Sparen, Wachstumseinbrüchen und Arbeitslosigkeit“. Dazu habe Merkel „keinen Satz“ in ihrer Regierungserklärung gesagt. Bis heute ignoriere die Koalition die vereinbarten Wachstumsimpulse für die Krisenländer. Bei mehr als 40 EU-Gipfeln blieben „die Erwartungen unerfüllt“. Steinbrück: „Wir wollen den Wachstumspakt!“

Steinbrück schlug Merkel vor, sie solle sich europaweit Unternehmer suchen und mit denen bindend vereinbaren, 500.000 neue Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Denn auch hier zeige die Kanzlerin keinerlei Engagement. Er stellte die Frage in den Raum, wie es wohl bei den übrigen Parteien und Ländern in der EU ankomme, wenn diese von Merkel in die Zwangsjacke gesteckt würden, während die Kanzlerin hierzulande teure Wahlgeschenke ankündige? Auch Deutschland habe nach dem Krieg am Boden gelegen und Hilfe von anderen Ländern erhalten.

#### **Steinbrück droht mit Nein der SPD**

In den vergangenen vier Jahren hat die schwarzgelbe Koalition rund 100 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft – trotz rekordverdächtiger Steuereinnahmen. Steinbrück stellt fest: „Sie können nicht mit Geld umgehen!“ Wenn Schwarz-Gelb regiere, werde „in der Wüste der Sand knapp“. Die Koalition lebe von der Rendite, die die SPD erwirtschaftet habe. „Wenn man in ihre Schachteln reinguckt, ist da nur ein Haufen Luft“, legte er nach. Eigene Reformen? Fehlanzeige. „Das Erbe von Helmut Kohl ist bei Ihnen nicht gut aufgehoben“, sagte Steinbrück.

Mit Blick auf die geplante Bankenunion in der Euro-Zone bekräftigte der ehemalige Finanzminister die

Haltung der SPD, dass die immer schon für die Haftungskaskade war, zunächst die Eigentümer, Gläubiger und Sparer bei einer Bankenpleite heranzuziehen, bevor der Steuerzahler einspringen müsse.

Steinbrück warnte die Kanzlerin: Sollten die Pläne der Regierung dazu führen, dass bei einer möglichen Direktkapitalisierung der Banken durch den Rettungsschirm ESM doch wieder der Steuerzahler herangezogen werde, „bekommen Sie hier die Zustimmung der SPD nicht“.

Bis heute hätten sich die Banken nicht gerecht an den Kosten ihrer Rettungsmaßnahmen beteiligt. Darum müsse endlich die europaweite Finanztransaktionssteuer kommen.

Peer Steinbrück forderte „eine Europabewegung, eine neue Idee von Europa“, damit die europäischen Institutionen besser legitimiert werden. Wir müssen, sagte er, „mehr Demokratie in Europa wagen“.

#### **Wandel in der Europapolitik**

In einem Entschließungsantrag zum Europäischen Rat am 27./28. Juni (Drs. 17/14143) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, einen Wandel in der Europapolitik einzuleiten und sich für eine Stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschafts- und Fiskalunion einzusetzen. Fiskalpolitische Regeln müssen den Mitgliedstaaten ausreichend Spielraum lassen für Strukturreformen und nachhaltige Investitionen zur Ankurbelung von wirtschaftlichem Wachstum, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Förderung von Beschäftigung. Die Bundesregierung soll sich für die Schaffung eines Investitions- und Aufbaufonds einsetzen, der insbesondere Investitionen in die industrielle Erneuerung ermöglicht. An der Finanzierung muss der Finanzsektor durch die rasche Einführung einer Finanztransaktionssteuer beteiligt werden

Dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa muss höchste politische Priorität eingeräumt und in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit dem Europäischen Parlament auf dessen Forderungen nach Ausstattung und Bedingungen eingegangen werden. Die Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen auf 21 Milliarden Euro ausgeweitet werden.

Ganz wichtig ist der SPD-Fraktion: Alle noch verfügbaren Mittel aus den europäischen Fonds sind für Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu bündeln. Ebenso sollen die bis 2015 ungenutzten Mittel nicht in die nationalen Haushalte zurückfließen, sondern in Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit überführt werden.

→ **Das Video zur Rede von Peer Steinbrück ist auf youtube.com eingestellt unter:**  
[www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=qjy02FBewkg](http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=qjy02FBewkg)



## SPD-Fraktion will Ganztagsschulprogramm 2.0

### „Kooperationsverbot im Bildungssystem abschaffen“

Mit ihrem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ hat die SPD-Bundestagsfraktion in den letzten drei Jahren Lösungsvorschläge für drängende Zukunftsaufgaben erarbeitet. Zwei Schwerpunktprojekte widmeten sich den Themen Bildung und Integration. Beide Politikfelder sind eng miteinander verschränkt: Gleiche Chancen auf gute Bildung sind die entscheidende Grundlage für eine selbstbestimmte Zukunft unserer Kinder. Und Integration gelingt am besten dort, wo alle Menschen die gleichen Chancen auf Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe haben.

Die Ergebnisse der beiden Projekte haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kürzlich in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/13482, 17/13483). Eine der Kernforderungen: ein Acht-Milliarden-Programm für neue Ganztagschulen. Ziel ist ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen in Deutschland. Bis 2020 soll jedes Kind einen Platz in einer Ganztagschule finden können.

SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** erinnerte in der Plenardebatte an das Ganztagsschulprogramm, das die rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren aufgelegt hatte. Der Bund hatte den Ausbau der Ganztagschulen in den Ländern damals mit 4 Milliarden Euro unterstützt und damit eine Verdreifachung der Ganztagsschulangebote innerhalb eines Jahrzehnts bewirkt – ein „Durchbruch“, wie Steinmeier sagte.

Dennoch ist das Ziel eines flächendeckenden Angebots noch nicht erreicht. „Wir brauchen ein Ganztagsschulprogramm 2.0“, so Steinmeier. Dabei müsse ein starker Akzent auf die Betreuungs- und Bildungsqualität gesetzt werden. Denn qualitativ hochwertige Ganztagsangebote schaffen Raum und Zeit für eine bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler – unabhängig von ihrer Herkunft. Sie sind ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit in der Bildung und für gelingende Integration.

Um das zu ermöglichen und ein neues Ganztagsschulprogramm aufzulegen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion, das so genannte Kooperationsverbot im Grundgesetz abzuschaffen und so den Weg für eine engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungspolitik frei zu machen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung und die CDU-geführten Bundesländer lehnen das ab.

Bildung – so Steinmeier – sei der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die Zukunft unserer Kinder, aber auch für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Deshalb zahlten sich Investitionen in Bildung am Ende aus. Wer aber Investitionen in Bildung ernsthaft wolle, „für den darf auch der Spitzensteuersatz kein Tabu sein“, sagte Steinmeier. In den Worten von John F. Kennedy ergänzte er: „Es gibt nur eine Sache, die teurer ist als Bildung: keine Bildung!“

## Frank Stauss: „Höllennritt Wahlkampf“

In seinem Buch „Höllennritt Wahlkampf“ berichtet Frank Stauss über mehrere Wahlkampagnen, die er für die SPD organisiert hat, darunter für Gerhard Schröder. Mit freundlicher Genehmigung des Autors dokumentieren wir nachfolgend seine Beschreibung vom Tag der Bundestagswahl 2005. Nachdem die SPD zu Beginn der Kampagne 23 Prozentpunkte zurück lag, gab es einen legendär knappen Zieleinlauf.

### Sonntag, 18. September 2005, Berlin, Wahltag

Guten Morgen, heute ist Wahltag.

Der Höllentag. Ein Tag, an dem man in allem ein Zeichen sieht. Regnet es? Dann bleiben die eigenen Leute bestimmt zu Hause. Scheint die Sonne? Dann gehen die eigenen Leute bestimmt ins Freibad oder an den See und kommen erst gegen 18:09 nach Hause, wo Vati dann die Wahlkarte auf dem Sideboard findet und sagt: »Mensch, Schatz, haben wir vergessen wählen zu gehen ... Naja, egal, auf uns wird es nicht ankommen.«

DOCH, DU IDIOT.

Ich telefoniere ein bisschen rum. Ein Freund erzählt mir, dass seine Oma gestern gestorben sei. Ich kann mir gerade noch verkneifen zu fragen, was sie üblicherweise gewählt hat... Der Wahnsinn regiert mich.

Ab etwa 16:00 kann man mit ersten Infos aus den Instituten rechnen. Aber es ist erst 11 Uhr.

Das Gefühl, das mich plagt, kenne ich aus der Schulzeit nach einer Mathearbeit. Ich weiß, dass ich versagt habe, bete irrational für eine Vier, erwarte eine Fünf und bekomme eine Sechs. Es geht immer noch schlechter. Dieses Gefühl, das einen das Atmen vergessen lässt vor dem drohenden Unheil. Der Moment, in dem man einer Frau, die man länger nicht gesehen hat, zur Schwangerschaft gratuliert und man an ihren Augen ablesen kann, dass sie gar nicht schwanger ist... dieser Moment, noch bevor sie antwortet - das ist das Gefühl des

Wahltages - aber den ganzen verdammten Tag lang. Und ich stehe nicht mal zur Wahl. Ich gehe joggen. Was machen die Leute hier? Waren sie schon wählen, gehen sie noch wählen, haben sie Briefwahl gemacht - wen haben sie gewählt oder wollen sie wählen?

**13:00.** Ich stehe vor dem Hotel Stuttgarter Hof und putze mein Fahrrad. Irgendwas, um mir die Zeit zu vertreiben. Eine schwarze Limousine fährt vorbei - im Fond sitzt Kajo Wasserhövel und telefoniert hoch konzentriert. Irgendwas lese ich in seinem Gesicht und es ist keine Resignation. Wenn es keine Resignation ist, bedeutet es: über 30 Prozent. Aber ich kann mich täuschen - er sieht mich nicht.

**14:30.** Tegel. Daniel kommt mit der Maschine aus Frankfurt. Kurz zuvor landet der Düsseldorf-Flieger mit Oliver Schumacher, dem ehemaligen Staatsminister von Peer Steinbrück. Das ist erst vier Monate her. Eine Ewigkeit. Ich packe ihn mit ins Auto. Mit Daniels Flieger kommt auch Roland Koch, Ministerpräsident von Hessen. Er sieht ziemlich ernst aus. Aber in seinem Fall kann das alles bedeuten. Er würde es hassen, wenn die CDU verliert, aber auch, wenn Merkel gewinnt.

Auf dem Weg von Tegel Richtung WBH bekommen Oliver und ich ständig SMS. Wir denken jedes Mal, es sei ein

erster Trend. Pustekuchen. Es ist jedes Mal jemand, der den ersten Trend von uns haben will.

**15:30.** Jetzt kommt wirklich was: CDU/CSU unter 40. Unter 40? Niemand hatte die Union unter 40 Prozent. Niemand. Forsa, Emnid, Allensbach, Infratest, FGW: Der Korridor ging von 41:43 Prozent. Kein einziges Institut hatte die Union unter 40.

Die Begründung für das Gerücht: Zur Mittagszeit lag die CSU in Bayern unter 55 Prozent. Und das bedeutet, wenn die traditionell nach dem Kirchgang wählenden gläubigen Katholiken nur für 55 Prozent gut sind, dann landet die CSU bei Schließung der Wahllokale deutlich unter 50. Denn die Sozen gehen erst später wählen und die Müslis nach dem zweiten Brunch am späten Nachmittag. Landet die CSU aber klar unter um 50, kommt die Union insgesamt im Bund nicht über 40.

Also CDU/CSU unter 40. Aber wo sind wir? Und reicht es noch für Schwarz/Gelb?

**15:40.** Am Hotel angekommen werfen wir Daniels Koffer in die Lobby und rufen zwei dort sitzenden Kollegen zu: Union unter 40! Und konsternieren damit eine ältere Reisegruppe aus dem Schwabenland, die a) nicht wissen, worüber wir sprechen, oder b) es wissen, aber nicht wissen, woher wir das jetzt schon wissen wollen, oder c) es nicht glauben wollen, weil »Union unter 40« in Baden-Württemberg nicht zum Wortschatz gehört. Bei dieser Gelegenheit frage ich mich wie schon seit Wochen,

warum Schwaben, die in Berlin Urlaub machen, ausgerechnet im »Stuttgarter Hof« absteigen. Geht es nicht mal zwei bis drei Tage ohne? Egal. Werde ich heute nicht mehr beantwortet bekommen. Jetzt schnell ins WBH.

**16:00.** Aufgekratzte Stimmung in der Kampa. Überall piepsen Handys, ständig fragen Journalistenfreunde an, ob man schon was weiß. Es schwirren ungewichtete Daten durch die Luft, die keinen weiterbringen.

**16:25.** Möglicherweise keine Mehrheit für Schwarz/Gelb.

**16:30.** CDU/CSU um die 38, wir über 30, FDP um die 9, Grüne 8, Linke 8. Das würde für Schwarz/Gelb noch reichen, wenn wir nicht über 32 kommen.

**16:35.** 38/32/10/8/8. Das wären 48:46 für Schwarz/Gelb.

Ein großartiger Erfolg, aber wenn es so eng ist, wollen wir alle mehr.

**16:50.** Die 18-Uhr-Prognosen trudeln ein. Sehr unterschiedlich - aber eines ist klar: CDU/CSU und die Umfrageinstitute erleben eine Katastrophe und wir erleben die Wiederauferstehung.

ZDF: 37/33/10,5/8/8; ARD: 35,5/34/10,5/8,5/7,5

Bei der ARD trennen uns nur 1,5 Prozent von CDU/CSU.

Das ist eine Sensation. In der Kampa herrscht fiebrige





Fassungslosigkeit. Unten bei Willy im Foyer und vor dem Haus trudeln die Gäste ein. Alle fassungslos. Wie ist das möglich - und was bedeutet das? Wer regiert dann eigentlich? Wir sitzen in unseren verglasten Großraumbüros. Das WBH ist voll verkabelt. Kamerateams und kleine Sendestudios innen, Übertragungswagen an Übertragungswagen außen. Überall wuselige Geschäftigkeit. Die Journalisten kennen die Zahlen ebenso wie wir. Eine Sensation liegt in der Luft. Sie waren hierhergekommen, um betroffene Gesichter in der SPD-Zentrale aufzunehmen - aber diesmal nicht. Diesmal nicht.

**17:30.** Die Sender gehen nach und nach auf Wahlsendung. Zwischen den Zeilen kann man Andeutungen heraushören, dass es heute nicht so ausgehen wird, wie die meisten Zuschauer es erwarten mussten.

**17:40.** Überall in der Kampa umarmen sich die Kampagneros. Wir haben eine große Schlacht geschlagen - und wir sind wahnsinnig erleichtert. Auf jedem von uns lastete ein wenig das Schicksal der großen, geschichtsträchtigen SPD. Und wenn wir es so empfanden, was mussten erst Schröder und Müntefering empfunden haben, als sie am 22. Mai die Verantwortung der Neuwahlen auf sich nahmen. Und jetzt hat Schröder fast noch recht bekommen. Wäre Oskar mit seiner Truppe nicht quergeritten, würde es sogar für ihn reichen. Aber egal - Oskars Bäume wachsen heute auch nicht in den Himmel.

Diese unglaubliche Erleichterung. Und diese Wut. Die Wut auf viele Journalisten, die uns schon Monate vor der Wahl abgeschrieben hatten und nicht einmal mehr den demokratischen Prozess einer Wahl abwarten wollten. Die Wut auf die Forschungsinstitute, die sogar die richtige Stimmung messen konnten, aber ihren eigenen Zahlen nicht geglaubt haben. Die Wut über die Demütigungen der letzten Jahre. Und der Stolz darüber, dass Springer, >Bild<, aber diesmal auch >Stern< und >Spiegel< am Ende doch keine Wahl entscheiden, sondern die Wähler. Denn nach deren Trommelfeuer hätte die Union die absolute Mehrheit bekommen müssen.

Wir sind stolz. Wahnsinnig stolz auf Schröder, das ultimative Frontschwein. Was hat der Mann ausgehalten, wie hat er gekämpft. Gestern noch 20 000 in Frankfurt und ein 8-bis-9-Prozent-Vorsprung für Merkel. Und heute fast Gleichstand. Was für ein Wahlkämpfer.

**17:59.** Jetzt stehen wir alle unten im WBH. Schönenborn in der ARD sagt noch was von »Überraschung«, der Rest geht unter in einem Urschrei, den man in ganz Deutschland hören muss. Das Willy-Brandt-Haus bebt. An diesem Ort, an dem heute niemand eine Party erwartet hatte, steigt die geilste Wahlparty der Republik. Wir schreien uns die Seele aus dem Leib. Und schreien und schreien und schreien.

**18:05.** Die Spekulationen beginnen. Wer mit wem? Und kann sich Merkel bei so einem Ergebnis überhaupt halten? Wird sie von ihrer eigenen Partei fallen gelassen? Ein 23-Prozent-Vorsprung ist in drei Monaten auf jetzt 2 bis 3 Prozent geschmolzen.

**18:11.** ZDF, erste Hochrechnung. CDU/CSU weiter runter auf 36,6, wir rauf auf 33,2, bei der ARD sieht es noch besser für uns aus.

**18:34.** Die Institute gleichen sich weiter an. ZDF korrigiert die Union weiter nach unten auf 35,9.

**18:40.** Union jetzt bei 35,2, wir bei 34.

**19:23.** Union 35,2, wir 34,1.

**19:27.** Schröder kommt. Der Saal kocht. Und überschlägt sich, als er von einem »klaren Regierungsauftrag« spricht.

Den sieht man nicht auf den ersten Blick und auch nicht auf den zweiten ... aber egal jetzt. »Ich bin stolz auf die Menschen in diesem Land« ist ein weiterer Jubelsatz. Wir sind schon heiser und zunehmend besoffen. Es ist unerträglich heiß unter den Kamerascheinwerfern und die Menschen drängen sich dicht an dicht in das schon viel zu volle Willy-Brandt-Haus und immer mehr kommen hierher - an diesen Ort, der heute der Ort ist, where it all happens ...

**19:45.** Die ersten Gerüchte über Überhangmandate machn die Runde. Kann es sein, dass die SPD sogar mehr Mandate holt als CDU/CSU? Damit wäre sie stärkste Partei. Andere Gerüchte: Fällt Westerwelle um? Gibt es eine Ampel? Kann er damit leben, zum zweiten Mal nach 2002 wieder nicht Außenminister zu werden? Oder springt er lieber?

**19:59.** RTL: 34,8:34,2. 0,6 Prozent.

Fuck. Noch 0,6 Prozent. Null Komma sechs.

**20:00.** Tagesschau. Wir sehen Bilder von jubelnden Massen im WBH - also von uns. Und von betroffenen Gesichtern bei CDU/CSU.

**20:13.** ZDF: 35,2:34,1. Die waren mal mit 37:33 gestartet...

**20:15.** ARD/ZDF-Elefantenrunde. Das Willy-Brandt-Haus bebt immer noch. Überall laufen die Bilder über die Monitore, aber man versteht sein eigenes Wort nicht. Merkel sieht angegriffen aus, Stoiber kann wahrscheinlich damit leben, dass Merkel schlechter abschneidet als er (38,5 Prozent) - und das bei deutlich besserer Ausgangslage. Man munkelt von einem Putsch in der Union. Schröder wirkt aufgeputscht und liefert eine Breitseite zuallererst gegen die Moderatoren. Hier im WBH wird jeder Satz von ihm begeistert aufgenommen. Wir sind eh siegestrunken. Irgendwann sagt er: »Glauben Sie im Ernst, dass meine Partei auf ein Gesprächsangebot von Frau Merkel eingeht, in dem sie sagt, sie möchte Kanzlerin werden? Also ich meine, wir müssen die Kirche doch mal im Dorf lassen.« So schaukelt es sich noch ein bisschen weiter rauf. Der Rest geht im Gegröle unter.

**20:59.** ZDF: 35,0:34,2. Null Komma acht.

**21:09.** Bekomme erste SMS, ob Schröder besoffen war. Scheint draußen vielleicht anders anzukommen als hier. Egal. Ist morgen eh vergessen.

**21:20.** SAT 1: CDU: 220 Mandate, SPD 223 Mandate. Durch Überhangmandate hätte die SPD 3 Sitze mehr und würde damit in einer Großen Koalition den Kanzler stellen.

**21:25.** Die Gerüchteküche kocht. Stürzt die Union Merkel? Einigt sich Schröder mit Stoiber - er noch zwei Jahre, dann Stoiber? Reicht es doch noch für Schröder? Was ist mit dem Wahlkreis Dresden I? Kann der noch was drehen?

**22:30.** Die Institute pendeln sich ein. Wir werden nicht mehr an der Union vorbeiziehen. Auch die Mandatsverteilung pendelt sich ein. CDU/CSU werden gemeinsam mit 2 bis 3 Mandaten Vorsprung stärker als die SPD werden. Aber was das für die Regierungsbildung bedeutet, das werden wir heute nicht mehr erfahren. Heute werden wir eh nicht mehr viel erfahren. Heute wird gesoffen und gefeiert.

**Frank Stauss, „Höllennritt Wahlkampf“**

Taschenbuch, 200 Seiten, ISBN 978-3-423-24986-7, dtv Premium, € 12,90 [D] [

## 150 Jahre SPD

### Joachim Gauck würdigt beim Festakt in Leipzig den Einsatz für Demokratie

Mit einem großen Festakt im Leipziger Gewandhaus hat die SPD ihren 150. Geburtstag begangen. Mehr als 1600 Gäste – unter ihnen die gesamte Staatsführung der Bundesrepublik, der französische Präsident **François Hollande** sowie Regierungschefs aus neun Ländern – feierten die deutsche Sozialdemokratie.

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** eröffnete am Donnerstag den Festakt im rot ausgeleuchteten Gewandhaus. Sie begrüßte eine große Zahl hochrangiger Gäste aus Deutschland und aller Welt.

Vor 150 Jahren gründete Ferdinand Lassalle in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV), die Vorläuferorganisation der SPD. Das sozialdemokratische Erbe, der „leidenschaftliche

Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und die Demokratie“, sei zugleich eine Verpflichtung, diese Aufgaben immer wieder neu anzunehmen, sagte Kraft: „Für uns bleibt noch viel zu tun!“

Bundespräsident **Joachim Gauck** hob in einer bewegenden Rede den unermüdlichen Einsatz vieler Sozialdemokraten für die Demokratie hervor: „Ich sage Dank und Anerkennung denjenigen, die in 150 Jahren für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft und damit das Leben von Millionen Menschen verbessert haben.“ Der Geburtstag der SPD sei auch ein Feiertag für „das europäische Ringen um Freiheit und Demokratie.“

Der Bundespräsident betonte, dass keine andere Partei so lange überdauern konnte, weil die Kernforderungen der Sozialdemokratie auf immer neue Weise aktuell bleiben - neben den Freiheitsrechten und der sozialen Gerechtigkeit zähle auch die politische Teilhabe dazu.

„Es war die SPD, die die Arbeiterschaft mit der Demokratie verband und die auf Reform statt auf Revolution setzte“, sagte Gauck. Die Sozialdemokratie habe sich dafür eingesetzt, das Leben der Menschen ganz konkret Stück für Stück zu verbessern - so habe man ihr unter anderem das erste Arbeitsschutzrecht und Frauenwahlrecht zu verdanken.

Besonders würdigte der Bundespräsident das bis zum letzten Moment entschlossene Auftreten der SPD gegen den deutschen Faschismus. Über die Ablehnung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes einzig durch die SPD-Fraktion im Reichstag am 23.

März 1933 sagte Gauck: „Damals haben 94 SPD-Abgeordnete mit ihrem Nein zum sogenannten Ermächtigungsgesetz nicht nur die eigene Ehre gerettet, sondern die der ersten deutschen Demokratie.“

Auch der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel** würdigte in seiner Rede die Standhaftigkeit seiner Partei im Angesicht von Terror und Unterdrückung. Deshalb gelte noch heute: „Die SPD ist seit 150 Jahren das Rückgrat der deutschen Demokratie.“ Trotz ihrer wechselhaften Geschichte sei die deutsche Sozialdemokratie „die demokratische Konstante in der Geschichte unseres Landes“.

Gabriel erinnerte an die lange Tradition der Sozialdemokratie – die stets getragen worden sei von dem sozialdemokratischen Grundverständnis, das Wilhelm Liebknecht so ausgedrückt habe: „Weil

wir die Untrennbarkeit der Demokratie und des Sozialismus begriffen haben, nennen wir uns Sozialdemokraten.“

Der Weg der SPD sei „manchmal schmerzhaft“ gewesen, sagte Gabriel – und manchmal seien auch Fehler gemacht worden: „Aber nie haben wir etwas getan, für was wir uns so sehr schämen mussten, dass wir unseren Namen SPD hätten ändern müssen.“

„Ich bin hier als Staatspräsident, als Sozialist und als Europäer“, sagte der französische Präsident François Hollande zu Beginn seines Glückwunsches und setzte dabei auf die Zahl Drei: „Drei Worte, drei Werte, drei Kämpfe stehen für die deutsche Sozialdemokratie: Demokratie, Fortschritt und Realismus.“

Die SPD habe das sozialistische Ideal mit der Demokratie verknüpft, so Hollande. „Diese Ausrichtung hatte großen Einfluss, auch auf Frankreich.“ Er hob auch den Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Nationalsozialisten hervor und erinnerte an die getrennte Sozialdemokratie im geteilten Deutschland.

Kostenlose Bildung, Krankenversicherung für alle, Mindestlohn, Arbeitnehmerrechte – alles sozialdemokratische Werte, die heute so aktuell wie zu Gründungszeiten seien, betonte Hollande. Die Kultur der Kompromissbereitschaft habe man den Sozialdemokraten zu verdanken. Die Verknüpfung von guter Wirtschaftspolitik und sozialer Gerechtigkeit sei eine Einstellung der SPD, „von der ich mich inspirieren lasse“, so der französische Staatschef.



## Meilensteine der deutschen Sozialdemokratie

■ **23. Mai 1853** - In Leipzig, wo schon 15 Jahre zuvor die "Arbeiterverbrüderung" ihren Sitz hatte, treffen sich Delegierte aus elf Städten, unter ihnen der Journalist Ferdinand Lassalle, und gründen den **Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein**.

■ **18. Oktober 1890** – Das Verbot der sozialdemokratischen Parteien im Rahmen des „Sozialistengesetzes“ von Reichskanzler Otto von Bismarck endet. Auf ihrem Parteitag im Oktober 1890 gründet sich die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) neu – als „**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**“ (SPD).

■ **24. November 1912** - Auf dem "Sozialdemokratischen Weltkongress" beschließt die internationale Arbeiterbewegung das "**Manifest gegen den Krieg**". Darin wird ohne Wenn und Aber jede Kriegstreiberei verurteilt.



■ **09. November 1918** – Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Abdanken von Kaiser Wilhelm II. ruft Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstages die **deutsche Republik** aus. Mit Friedrich Ebert als Reichspräsident und Philipp Scheidemann als Ministerpräsident stehen Sozialdemokraten an der Spitze der jungen Republik.

■ **19. Januar 1919** - Nur drei Tage nach Übernahme der Amtsgeschäfte durch Friedrich Ebert beschließt der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 das aktive und passive **Wahlrecht für Frauen** – so wie es seit rund dreißig Jahren schon im Programm der SPD gestanden hat.

■ **23. März 1933** – Als einzige Partei stimmen die 94 verbliebenen Sozialdemokraten gegen **Hitlers Ermächtigungsgesetz**, das als Grundlage für die Nazi-Diktatur diente. In seiner mutigen Rede sagt Otto Wels: „*Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.*“

■ **15. November 1959**: In Bad Godesberg am Rhein beschließt die SPD ein neues Grundsatzprogramm, in der sie sich offiziell zur Volkspartei erklärt. Mit den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität schafft die SPD im **Godesberger Programm** einen modernen Gegensatz zur Adenauerzeit.

■ **15. Juli 1963**: Egon Bahr stellt das mutige Konzept „**Wandel durch Annäherung**“ im Ost-West-Konflikt vor - eine Annäherung an die Sowjetunion, um die SED-regierte „Zone“ zu transformieren. Statt auf militärische Überlegenheit zu setzen rät Bahr zur Kraft der besseren Idee.



■ **07. Dezember 1970**: Willy Brandt kniet vor dem Mahnmal der Opfer des Aufstands im Warschauer Ghetto nieder. 25 Jahre nachdem Deutschland Polen im II. Weltkrieg verwüstet hatte, signalisiert Brandts **Kniefall** einen Neuanfang zwischen den Nachbarländern.

■ **13. Dezember 1972**: Die SPD stellt als größte Fraktion im Bundestag erstmals eine Frau als Bundestagspräsidentin. Annemarie Renger, die zu diesem Zeitpunkt schon seit drei Jahren Parlamentarische Geschäftsführerin ist, wird die **erste Bundestagspräsidentin**.

■ **05. August 2002**: Bundeskanzler Gerhard Schröder mahnt gegen den Willen der USA vor einem **Krieg im Irak**: "Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention – davor kann ich nur warnen." Was als Wahlkampfstrategie kritisiert wurde, setzt der wiedergewählte Kanzler Schröder durch – Deutschland verweigert die UN-Resolution für einen amerikanischen Einmarsch im Irak.

■ **14. März 2003**: Bundeskanzler Schröder stellt die **Agenda 2010** vor, die den Arbeitsmarkt beleben und der deutschen Wirtschaft neuen Aufschwung geben soll. Bestandteil ist auch der Ausbau der Ganztagsbetreuung.

■ **17. August 2013**: Die SPD feiert ihr 150-jähriges Bestehen beim großen **Deutschlandfest** am Brandenburger Tor.



**150**  
**JAHRE**  
**SPD**

## INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

### Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

#### Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatte der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

#### Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

### Die Büros in Berlin und Köln

#### Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

##### Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,  
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340  
Tel.: 030 / 227 734 18  
Fax: 030 / 227 763 48  
martin.doermann@bundestag.de

##### Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),  
Dr. Matthias Dahlke

##### Öffnungszeiten

Sitzungswochen  
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr  
Sitzungsfreie Wochen  
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 17 Uhr

#### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327  
51143 Köln (Porz)  
Tel.: 02203 / 521 44  
Fax: 02203 / 510 44  
martin.doermann@wk.bundestag.de

##### Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),  
Nadesha Klugiewicz,  
Ralf Steinmeier (Webmaster)

##### Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 17 Uhr  
Fr.: 10 bis 13 Uhr

#### Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212  
51103 Köln (Kalk)  
Tel.: 0221 / 870 43 02  
Frank.heinz@landtag.nrw.de

##### Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

##### Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr  
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr  
Fr.: 12 bis 15 Uhr

#### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b  
50672 Köln (Innenstadt)  
Tel.: 0221 / 169 195 77  
Fax: 0221 / 169 195 79  
koelner-spd-mdb@netcologne.de

##### Mitarbeiterin

Claudia Brock

##### Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 14 Uhr

### Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Bislang terminierte Sitzungswochen **2013** : 3., 5., 8., 9., 11., 12., 16., 17., 20., 23., 24., 26, 36. (verkürzt), 46., 48., 49., und 51. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

[www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html](http://www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html)

## IMPRESSUM

### BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

#### HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,  
Deutscher Bundestag,  
Platz der Republik 1,  
10111 Berlin

#### REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),  
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz, Stefan Stader

#### BILDNACHWEIS

Martin Dörmann: S. 1, 2, 3, 4, 5 r., 6 u., 7, 10 l., 11, 15;  
K.-H. Tillmann: S. 4 r., 5 l.;  
KVB: S. 5 u.;  
ulla-schmidt.de: S. 6 o.;  
olafscholz.de: S. 6 m.;  
Marco Urban: S. 8, 9;  
SPD-Fraktion: S. 10 r.;  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: S.13;  
dtv Premium: S. 16;  
AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung: S. 18, 19;

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

#### E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

[martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)

(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

#### FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

#### HOMEPAGE

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

